

Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien

Corinne Geppert, Elternrat Gelehrtenschule d. Johanneums, corinne.geppert@t-online.de
Sabine Knierim, Elternrat Gymnasium Buckhorn, sabine.knierim@live.de
Thomas Augstein, Elternrat Heisenberg-Gymnasium, bt.augstein@web.de



Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien

An

Frau Senatorin Goetsch
Herrn Ersten Bürgermeister von Beust
Schulausschuss der Bürgerschaft
Landesschulbeirat
Elternkammer
Schülerkammer
Lehrerkammer
Bezirksversammlungen

VEHG-Stellungnahme zur Schulstrukturreform „Primarschule“

Die Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien (VEHG), ein seit vielen Jahren bestehendes überparteiliches und unabhängiges Gremium, betrachtet die geplante flächendeckende verpflichtende Einführung einer sechsjährigen Primarschule zum Schuljahr 2011/2012 mit großer Sorge.

Die Umsetzung einer so tiefgreifenden Strukturreform würde die Hamburger Schulen derzeit überfordern und sich zu Lasten der Bildungsqualität auswirken: Die Gymnasien sind immer noch mit dem „Reparieren“ der im Jahre 2001 überhastet eingeführten Schulzeitverkürzung (G 8) beschäftigt. Zudem steht den Gymnasien und vielen Gesamtschulen mit der Profileroberstufe eine weitere wichtige Reform ins Haus. Schließlich werden sich Gesamtschulen, Haupt- und Realschulen nach den Plänen der Schulbehörde innerhalb des nächsten Jahres zu einer neuen Schulform, den Stadtteilschulen, zusammenschließen. Unserer Meinung nach sollten diese drei Strukturreformen erst erfolgreich abgeschlossen und evaluiert werden, bevor mit weiteren Strukturreformen begonnen wird.

Die Einführung der Primarschule findet nicht die für eine so tiefgehende Strukturreform notwendige Unterstützung in der Hamburgischen Bevölkerung. Ein erheblicher Teil der Hamburger Bürger lehnt die überstürzte Einführung der Primarschule entschieden ab. Fehlt aber der Rückhalt in der Bevölkerung, insbesondere in den bildungsbewussten Elternhäusern, besteht die Gefahr, dass vor allem leistungsstarke Kinder dem staatlichen Schulsystem entzogen werden. Dies würde letztendlich nicht zu einer Stärkung und Verbesserung, sondern zu einer Schwächung des staatlichen Schulsystems in Hamburg führen.

Grundlegende Strukturreformen wie die Einführung der Primarschule müssen finanziell, personell und politisch langfristig gesichert sein. Dies ist bei der Primarschule nicht der Fall. Angesichts der derzeitigen angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Lage befürchten wir insbesondere, dass die für diese Reform erforderlichen erheblichen Mittel auf Dauer nicht zur Verfügung stehen werden. Da sehr viele Hamburger Grundschulen räumlich nicht auf die

Aufnahme von bis zu sieben Jahrgängen ausgerichtet, Kooperationen mit weiterführenden Schulen aber nicht immer möglich oder gewünscht sind, werden hohe Kosten für Neu- und Umbauten entstehen. Die Einrichtung von Stadtteilschulen sowie das für alle Schulformen geplante individualisierte Unterrichtskonzept führen zu einem erhöhten Bedarf an Lehrkräften. Hier stellt sich neben der reinen Finanzierung das Problem des bereits jetzt bestehenden und in den nächsten Jahren im gesamten Bundesgebiet zunehmenden Lehrermangels. Ein allgemeiner politischer Konsens, wie ihn in der letzten Legislaturperiode die Enquete-Kommission „Schulreform“ parteiübergreifend weitgehend herzustellen vermochte oder wie er Ende letzten Jahres in Bremen getroffen wurde, wo sich alle Parteien auf einen Schulentwicklungsplan geeinigt haben, der für die Dauer von 10 Jahren festgeschrieben ist, besteht hinsichtlich der Einführung der Primarschule nicht.

Das von der Schulbehörde veröffentlichte Rahmenkonzept zur Schulreform wirft in vielen Bereichen Fragen auf, für die wir derzeit keine befriedigenden Lösungen erkennen können.

1. Klassenfrequenzen

Für die vorgesehene binnendifferenzierte Förderung sind die Frequenzen an den Primarschulen zu hoch. Hamburger Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen liegen leistungsmäßig bis zu zwei Schuljahre auseinander. Mit Klassenstärken von bis zu 25 Schülern ist es kaum möglich, Unterricht so individualisiert zu gestalten, dass alle Schüler ausreichend gefördert werden. Erfolgreich binnendifferenzierende Länder wie z. B. Finnland stellen bei weitaus homogenerer Schülerschaft einer Lerngruppe dieser Größe mindestens zwei Lehrkräfte zur Verfügung.

Auch die Frequenzen für die Gymnasien sind zu hoch. Die Gymnasien sollen zukünftig ihre Schülerinnen und Schüler in deutlich kürzerer Zeit als bisher, nämlich in nur sechs Jahren, zum Abitur führen. Die Schülerschaft der Gymnasien wird auch zukünftig ein breites Begabungsspektrum von hochbegabten und besonders leistungsstarken bis hin zu durchschnittlichen und weniger begabten Schülern aufweisen. Da Klassenwiederholungen und Abschlüssen ausgeschlossen sein sollen, müssen leistungsschwächere Schüler dauerhaft unterstützt werden, ohne dass zugleich die leistungsstärkeren Schüler vernachlässigt werden. Das hierfür erforderliche individualisierte Unterrichtskonzept ist mit Gruppengrößen von mehr als 25 Schülern nicht zu realisieren. Es befremdet uns, dass für die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien im Zuge der Schulreform nicht, wie für alle anderen Hamburger Schüler, eine Verkleinerung der Klassengrößen angestrebt wird. Für die Gymnasien sind im Referentenentwurf zum Schulgesetz, anders als für Primar- und Stadtteilschulen, noch nicht einmal Höchstgrenzen festgelegt. Als einzige Schülergruppe in Hamburg sollen sie offensichtlich weiterhin in Klassenstärken um die 30 Schüler unterrichtet werden.

2. Räumlichkeiten

Die erfolgreiche Beschulung in einer sechsjährigen Primarschule setzt voraus, dass die räumliche Ausstattung in den 5. und 6. Klassen der weiterführenden Schulen entspricht. Insbesondere darf sich für eigenständige Primarschulen insoweit keine Schlechterstellung gegenüber Primarschulen in Kooperation mit weiterführenden Schulen ergeben. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur eine ausreichende Ausstattung der Primarschulen mit Unterrichts- und Differenzierungsräumen, sondern auch und vor allem mit den notwendigen Fachräumen (Musik-, Kunst- und Theaterräumen, naturwissenschaftlichen Sammlungen, Computerräumen und Sporthallen) zu gewährleisten.

3. Zweite Fremdsprache/Wahlpflichtbereich

Die vorgesehene Regelung für die Organisation von Zweiter Fremdsprache und Wahlpflichtunterricht birgt die Gefahr, dass die für Hamburg charakteristische Sprachenvielfalt verloren geht und das Fremdsprachenniveau sinkt. Zudem halten wir es für unzumutbar, dass Fünft- und Sechstklässler zum Besuch von Fremdsprachen- und Wahlpflichtunterricht regelmäßig andere, unter Umständen weit entfernte Schulstandorte aufsuchen müssen. Schließlich stellt die Notwendigkeit der Entscheidung zwischen Zweiter Fremdsprache einerseits und anderen Profilen (z.B. musisch) eine Verschlechterung gegenüber der jetzigen Situation dar.

4. Leistungsbeurteilung

Die vorgesehenen Formen der Leistungsbeurteilung durch Elterngespräche, Berichtzeugnisse und gegebenenfalls ein neues Punktesystem werden vermutlich dazu führen, dass vielen Eltern der wahre Leistungsstand ihres Kindes bis zur 6. Klasse unklar bleibt. Dies gilt - wegen der sprachlichen Ausdifferenzierung und feinsinnigen Abstufung - vor allem für Eltern mit weniger Sprachkompetenz.

Das geplante binnendifferenzierte Unterrichtskonzept als ein zentrales Element der Schulreform erfordert ein darauf abgestimmtes Bewertungssystem. Die Erfahrungen der Lehrkräfte im zusammengelegten HR-System sowie Gespräche mit derzeitigen Referendaren zeigen, dass es hierzu noch keinerlei Systematik gibt, nach der Lehrkräfte verbindlich vorgehen könnten.

5. Anteil männlicher Lehrkräfte an den Primarschulen

An den Grundschulen sind derzeit überwiegend Lehrerinnen beschäftigt, was nach wissenschaftlichen Studien für die Entwicklung insbesondere von Jungen als eher ungünstig angesehen wird. Bei den weiterführenden Schulen dagegen ist in der Regel der Anteil männlicher Lehrkräfte deutlich höher. Es besteht die Gefahr, dass durch die Verlängerung der Grundschulzeit die Schüler zukünftig nicht nur vier, sondern sechs bzw. einschließlich Vorschule sieben Jahre lang nahezu ausschließlich von weiblichen Lehrkräften unterrichtet werden.

6. Einsatz der Lehrkräfte an den Primarschulen

Völlig ungeklärt ist, wie die Aufteilung der Lehrkräfte von den jetzigen Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien an die Primarschulen erfolgen soll: Wer entscheidet, welche Lehrkräfte die Schule wechseln bzw. an welcher Stelle in Vertretungsfällen eingesetzt werden? Insbesondere Fachlehrkräfte werden nur in den Klassen 5 und 6 einsetzbar, hierdurch aber nicht ausgelastet sein. Pendelzeiten zwischen Schulen kommen nicht den Schülern zugute, sondern vermindern die für den Unterricht zur Verfügung stehende Lehrerarbeitszeit.

7. Beibehaltung des Elternwahlrechts

Das Elternwahlrecht ist ein grundlegender Bestandteil des Erziehungsrechts der Eltern gegenüber dem Staat. Da die Kriterien für das Auswahlverfahren noch nicht feststehen und möglicherweise die Lehrkräfte nach mehreren Jahren Unterricht nicht immer objektiv entscheiden können, muss das Elternwahlrecht erhalten bleiben.

8. Durchlässigkeit des Schulsystems

Schullaufbahnentscheidungen - seien sie von Eltern oder Lehrkräften - können falsch sein. Deshalb sehen wir das geplante Abschulungsverbot kritisch. Sinnvoller ist ein in beide Richtungen durchlässiges Schulsystem mit der Möglichkeit, zwischen Stadtteilschule und Gymnasium zu wechseln.

Stellungnahme

Die VEHG begrüßt und unterstützt ausdrücklich das Ziel der Schulbehörde, die Qualität der Schulbildung in Hamburg zu steigern. Wir begrüßen und unterstützen auch das Bestreben der Schulbehörde, die Lernbedingungen für die Schülerschaft sowie die Methodenkompetenz der Lehrerschaft zu verbessern. In dieser Hinsicht besteht aus unserer Sicht auch an den Gymnasien noch Bedarf.

Jedoch wünschen wir uns im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern mehr Ruhe und Gelassenheit in der Schulpolitik. Die geplante verpflichtende Umsetzung der Reform zum Schuljahr 2011/2012 erscheint insbesondere gegenüber den Hamburger Schülern der jetzigen 1. und 2. Klassen nicht verantwortbar. Statt überstürzt immer neue Strukturreformen durchzuführen, sollte lieber umfassend mit inhaltlichen Verbesserungen gearbeitet und Strukturreformen nur nach sorgfältiger Planung und Abwägung der mit der Umstellung verbundenen Vor- und Nachteile durchgeführt werden. Um die vorhandenen Mittel möglichst effektiv einzusetzen, sollte auch geprüft werden, ob die angestrebte Qualitätssteigerung nicht genauso gut oder besser durch Veränderungen im bestehenden System erreicht werden könnte, vor allem durch eine gezielte Frühförderung im Kindergarten- und Vorschulbereich sowie Förderung an den Grundschulen. Zu dieser im Sinne von Chancengleichheit so dringend benötigten Frühförderung finden sich im Rahmenkonzept aber keinerlei Anhaltspunkte.

In diesem Zusammenhang bietet es sich an, dass zunächst die Erfahrungen der - fast vergessenen - ersten Reform der jetzigen Regierung ausgewertet werden: die Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen. Nach ersten Einschätzungen von Lehrkräften und Eltern erfolgt eine Nivellierung nach unten. Wenn es aber bereits bei solch „homogenen“ Lerngruppen zu Nachteilen für die leistungsstärkeren Schüler kommt, was würde erst auf einer Primarschule in den 5. und 6. Klassen passieren? Denn dort würden in sehr heterogenen Klassen mit bis zu 25 Schülerinnen und Schülern Kinder zusammen unterrichtet werden, die zum Teil das Ziel der Jahrgangsstufe 6 nicht erreichen (Seite 16 Rahmenkonzept) bis hin zu guten und sehr guten Schülerinnen und Schülern mit Gymnasialempfehlung.

Wir befürchten auch, dass Nachteile und Gefahren der Reform deren Vorteile sogar überlagern könnten: Wird das bisherige gymnasiale Bildungsniveau erhalten bleiben? Kann die für Hamburg charakteristische Sprachenvielfalt gesichert werden? Werden die weiterführenden Schulen in Hamburg ihre besonderen Profile (seien sie bilingual, humanistisch, künstlerisch oder sportlich) auf derzeitigem Niveau halten können? Werden die bestehenden Langformschulen nach organisatorischer Aufspaltung die Schüler genau so gut von Klasse 1 bis zum Mittleren Abschluss oder sogar zum Abitur begleiten können wie bisher?

Und schließlich, aus Sicht der VEHG von ganz entscheidender Bedeutung: Wie viele Gymnasien werden angesichts der nun doch erforderlichen Dreizügigkeit mangels ausreichender Schülerzahlen schließen müssen? Denn die Gymnasien werden durch die gleichzeitig eintretende Folge der verkürzten Schulzeit und die Einführung der Primarschule etwa ein Drittel ihrer Schülerinnen und Schüler verlieren. Dies könnte dazu führen, dass entsprechend auch ein Drittel der Gymnasialstandorte geschlossen werden und sich daher die Schulwege entsprechend verlängern. Da das Schulangebot ein wesentlicher Gesichtspunkt der Wohnungswahl ist, besteht die Gefahr, dass Ortsteile ohne Gymnasien bei der Wohnortwahl zukünftig von bildungsbewussten Elternhäusern gemieden werden. Dies hätte dann wiederum negative Auswirkungen auf die wünschenswerte Durchmischung der Quartiere und Schülerschaften.

Um über all diese Fragen nachzudenken und Lösungen für die angesprochenen und weitere Problempunkte auch in der Diskussion mit den ebenfalls betroffenen Bezirken zu finden, empfehlen wir, die Einführung der Reform zu verschieben. Die Vielzahl der aufgeführten ungeklärten Aspekte der Schulreform in organisatorischer wie konzeptioneller Hinsicht birgt unseres Erachtens die große Gefahr, dass sich die erhofften Verbesserungen des Hamburger Bildungswesens im Rahmen dieses kurzfristigen Veränderungsprozesses nicht werden entfalten können. Eine Verschiebung der Strukturreform wie auch eine Pilotierung mit freiwillig teilnehmenden Schulen würden Zeit und Raum für Erprobung und notwendige Evaluation schaffen, bevor eine ganze Stadt zu einem Versuchsprojekt mit ungewissem Ausgang gemacht wird. Die zeitgleiche Absenkung der Klassenfrequenzen und Förderung des binnendifferenzierten und individualisierten Unterrichts in den Schulen im Zwei-Säulen-Modell ab Klasse 5 als Vergleichsgruppe könnte darüber hinaus einer belastbaren Evaluation dienen, welche Faktoren tatsächlich entscheidend für die Weiterentwicklung des Hamburger Bildungswesens sind.

Dies könnte die Basis für gründlich durchdachte und sorgfältig vorbereitete Konzepte sein, auf denen eine kluge Stadt im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen ihre Bildungspolitik aufbaut.

Hamburg, im April 2009